



Conversion Survey 2003

Global Disarmament, Demilitarization and Demobilization

Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2003, 180 S., ISBN 3-8329-0135-3

Deutsche Zusammenfassung

*Die Arbeit des **Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC)** ist der Untersuchung und Förderung von Abrüstung und Konversion in einem weit gefassten Sinne gewidmet. Jährlich analysiert das BICC bedeutende Ereignisse, Themen und neue Erkenntnisse auf englischer Sprache in seinem Jahrbuch, dem Conversion Survey, das im Nomos-Verlag erscheint. Michael Brzoska, Forschungsleiter am BICC, und Peter Croll, Direktor des BICC, haben die wichtigsten Trends in der Einleitung zusammengefasst.*

Mit mehr menschlicher Sicherheit gegen die globalisierte Unsicherheit

Das weltpolitische Geschehen des Jahres 2002 war von zwei Trends geprägt, die beide für die gegenwärtigen und zukünftigen Chancen von Abrüstung und Konversion höchst relevant sind. Zum einen zeichnet sich ein verstärktes Bestreben ab, den als „neue Bedrohungen“ empfundenen Problemen mit einer Stärkung militärischer Kräfte zu begegnen. Dies bedeutet unter anderem höhere Ausgaben für die Streitkräfte. Zum anderen setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass ein deutliches Umdenken in der Politik stattfinden muss, um die horrenden weltweite Armut spürbar zu verringern und die Aussichten auf eine nachhaltige Entwicklung für einen großen Teil der Menschheit zu verbessern.

Zwischen diesen beiden Trends gibt es Zusammenhänge, die jedoch keinesfalls einfach und klar umrissen und teilweise sogar widersprüchlich sind. Dies betrifft etwa den Einsatz finanzieller Ressourcen. Vereinfacht kann man sagen: Geld, das für Militär und Rüstung, aber auch Polizei und andere Sicherheitskräfte, ausgegeben wird, kann nicht für Entwicklung verwendet werden. Umgekehrt aber wirkt sich fehlende Sicherheit negativ auf die Chancen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung aus. Menschen, die ständig um ihr Leben und ihren Besitz fürchten müssen, haben wenig Anreiz zu investieren.

Darüber hinaus besteht auch das Risiko, dass die für die Sicherheit Verantwortlichen - also Militär, Polizei und andere Kräfte - selbst zu einer Gefahr für die Bevölkerung werden. Insbesondere in instabilen Gesellschaften können die Sicherheitskräfte – kollektiv oder als Einzelne – selbst zu einer Quelle von Unsicherheit werden, weil sie möglicherweise parteiisch oder politisiert, nicht rechenschaftspflichtig oder für Partikularinteressen instrumentalisiert sind.

Schließlich werden Armut und mangelnde Entwicklung als Rechtfertigung für terroristische Aktivitäten angeführt. Zwar kommen Terroristen nicht unbedingt aus armen Familien, doch beziehen sie häufig aus wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und Ausbeutung die Motivation und Rechtfertigung für ihre Taten. Weitere Zusammenhänge zeigen sich z.B. im Falle der Anwendung militärischer Gewalt. Ein größerer Krieg wirkt sich in aller Regel nachteilig auf die globalen Waren- und Finanzmärkte aus, und selbst kleine Kriege stören die örtliche oder regionale Wirtschaft empfindlich, während sie gleichzeitig einzelnen Personen oder Gruppen die Möglichkeit verschaffen, sich zu bereichern.

Die angeführten Beispiele machen deutlich, dass es keine einfachen und allgemein gültigen Antworten auf die Frage gibt, ob mehr Macht und Mittel für die Sicherheitskräfte die Aussichten für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung verbessern oder verschlechtern. Es kommt offensichtlich darauf an, das notwendige Maß an Sicherheit zu produzieren ohne es zu überschreiten und die Sicherheitskräfte demokratischer Kontrolle

zu unterwerfen – eine Erkenntnis, die leicht zu konstatieren aber schwierig und nur in gesellschaftlichem Dialogprozess national, regional und weltweit umzusetzen ist.

Das Jahr 2002 bot den politischen Entscheidungsträgern wie auch der Zivilgesellschaft eine Reihe von Anlässen, diese und andere Zusammenhänge zwischen Sicherheit und Entwicklung zu erörtern. Erwähnt seien z.B. die Weltgipfel in Monterrey und Johannesburg (auf die im Folgenden noch kurz eingegangen wird). Bei beiden gab es eine starke Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen. Die heißesten Diskussionen wurden wohl über den Umgang mit der Irak-Krise geführt – darüber, ob ein Krieg zu rechtfertigen wäre und welche Konsequenzen ein militärisches Eingreifen haben würde. Leider wurde in diesen Debatten deutlich, dass die Welt sich nicht auf dem Weg zum Konsens befindet, was die Zusammenhänge zwischen Sicherheit und Entwicklung oder die zu treffenden Maßnahmen angeht. Im Gegenteil, die Diskrepanz zwischen den verschiedenen Interessen und Sichtweisen hat sich vertieft, obwohl bei den Gipfeltreffen stets das Gegenteil beteuert wird.

In einer Reihe von Ländern fixieren sich Entscheidungsträger, aber auch Bürger auf so empfundene neue Bedrohungen und mögliche militärische Reaktionen darauf. Denjenigen, die sich vor zunehmender Gewalt fürchten, hat das Jahr 2002 weitere Beweise dafür geliefert, dass Terrorismus und Anti-Terrormaßnahmen eskalieren. Auch die Unsicherheit scheint sich global auszubreiten. Rebellen ebenso wie die mächtigsten Staaten setzen zunehmend auf militärische Gewalt. Die Angst der Mächtigsten vor den scheinbar Schwachen, die aber, wie sich am 11. September 2001 zeigte, dennoch in tödlicher Weise zuschlagen können, ist größer geworden. Und diejenigen, die an den Schalthebeln der Macht sitzen, insbesondere in den USA, haben mit der erheblichen Aufstockung der Mittel und einer gesteigerten Bereitschaft zum Gebrauch militärischer Gewalt reagiert.

Glücklicherweise gibt es aber eine glaubwürdige Alternative. Sie räumt der menschlichen Entwicklung Priorität ein und schließt die Befriedigung des Bedürfnisses nach Sicherheit mit ein. International wird diese Alternative unter dem Begriff der menschlichen Sicherheit diskutiert. Alle Risiken, die die Lebens- und Entwicklungschancen für Menschen beeinträchtigen können, müssen gleichrangig behandelt werden. Dazu gehört auch der Schutz vor physischer Bedrohung. Die Institutionen, die mit der Gewährleistung der Sicherheit betraut sind und entsprechende Befugnisse besitzen, müssen ihre Aufgaben im Rahmen eines klaren Systems gesetzlicher Vorschriften und öffentlicher Rechenschaftspflicht ausüben. Mit der Herrschaft des Rechts im Inneren muss eine Stärkung des Völkerrechts als einziger zulässiger Grundlage für jegliche militärische Gewaltanwendung einhergehen. Krieg ist immer ein Versagen der Politik, und er darf nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden, um sich gegen einen bereits stattfindenden oder unmittelbar bevorstehenden Angriff zu wehren.

Globalisierte Unsicherheit

2002 wurden weitere verheerende Terroranschläge verübt, so z.B. auf eine Diskothek auf der indonesischen Insel Bali, wo Hunderte von Touristen und Einheimischen ums Leben kamen, sowie in Mombasa, Kenia. Die Beweislage war zwar nicht völlig eindeutig, aber viele Beobachter vermuteten, dass zwischen den Verantwortlichen für diese Anschläge und anderen terroristischen Aktivitäten eine Verbindung besteht. Globale Netzwerke kleiner Gruppen, die Terroranschläge gegen Zivilisten verüben, haben offenbar ihren regionalen Aktionsradius ausgedehnt. Und das große Medieninteresse für Terrorakte verstärkt noch den Eindruck, dass die Sicherheit rapide abnimmt.

Was bei einer solchen Wahrnehmung der Bedrohung leicht außer Acht gerät, ist das hohe Maß an Unsicherheit, das in weiten Teilen der Welt schon länger herrscht. Das gilt für die physische Sicherheit, die durch Krieg und Kriminalität gefährdet wird, ebenso wie für ein breiteres Spektrum von Gefahren für Leib und Leben, zu denen auch Hunger oder HIV/AIDS gehören. Die *Internationale Kommission für Menschliche Sicherheit* unter dem Vorsitz der früheren Hohen Kommissarin der VN für Flüchtlinge, Sadako Ogata, und des

Nobelpreisträgers Amartya Sen, arbeitet mit der folgenden Definition: „Das Ziel menschlicher Sicherheit besteht darin, die Kernbereiche der Existenz jedes Menschen so vor kritischen, schweren Gefahren zu schützen, dass ein erfülltes Leben möglich ist.“ Gemessen an dieser Definition, ist Unsicherheit heute ein vorherrschendes Merkmal des Lebens von Milliarden von Menschen überall auf der Welt.

Der internationale Terrorismus erweitert das Gefahrenspektrum vor allem für geographische Gebiete und Menschen, die bisher relativ sicher lebten. Die Maßnahmen, die gegen den internationalen Terrorismus ergriffen werden, drohen darüber hinaus in vielen Ländern, u.a. auch in westlichen Demokratien, zentrale demokratische Werte und Grundsätze auszuhöhlen, die sich auf die Achtung der Menschenrechte und der individuellen Privatsphäre beziehen.

Die militärische Reaktion der Vereinigten Staaten

Die militärische Reaktion auf die terroristische Bedrohung fand 2002 große Aufmerksamkeit. Verlautbarungen aus den Vereinigten Staaten selbst trugen dazu in erheblichem Maß bei. Einzelne politische Strategiepapiere wie z.B. die Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002, oder Präsident Bushs Rede bei der Abschlusszeremonie 2002 an der Militärakademie West Point und auch die US-Politik gegenüber dem Irak wurden weithin minutiös daraufhin untersucht, was die Weltpolitik in den kommenden Jahren bestimmen könnte. Einige Punkte sind im Kontext von Abrüstung und Konversion besonders relevant:

- „Instrumenteller Multilateralismus“ hat ausdrücklich Vorrang gegenüber „prinzipiellem Multilateralismus“. Die US-Regierung sucht zwar Verbündete und auch die Unterstützung multilateraler Organisationen, aber nur zu Bedingungen, die sie selbst bestimmt.
- Die Rüstungskontrolle ist ein Beispiel für den instrumentellen Multilateralismus der US-Regierung: Internationale Regelwerke, die wie der im November 2002 in Den Haag vereinbarte Verhaltenskodex gegen die Verbreitung ballistischer Flugkörper als den Interessen der Vereinigten Staaten dienlich betrachtet werden, finden Unterstützung. Andere dagegen werden unterhöhlt, wie z.B. das Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen (BTWC), oder aber aufgekündigt wie der ABM-Raketenabwehrvertrag.
- In der Bedrohungsanalyse steht die Kombination von Terrorismus mit dem Besitz von Massenvernichtungswaffen an der Spitze. Beide Gefahren einzeln genommen folgen weit abgeschlagen auf Platz zwei. Eine solche Einstufung spiegelt zum einen die äußerst geringe militärische Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten wider, zum anderen aber offenbart sie auch die geringe Rücksichtnahme auf mögliche Ängste und Befürchtungen anderer Länder.
- Militärische Optionen in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen und Arten haben bei der Verfolgung der nationalen Ziele Vorrang – und zwar auch der friedlichen. Die *Nationale Sicherheitsstrategie* vom September 2002, die ein breites Spektrum von – auch nicht militärischen – Sicherheitsaspekten behandelt, steht unter einem Leitsatz, der Präsident Bushs Rede vor der Militärakademie West Point entnommen ist: „Die Sache, für die unsere Nation eintritt, war immer schon von größerer Bedeutung als nur unsere eigene Verteidigung. Wir kämpfen, so wie wir das immer getan haben, für einen gerechten Frieden – einen Frieden, der die Freiheit fördert. Wir werden den Frieden gegen die Bedrohung durch Terroristen und Tyrannen verteidigen.“ Die US-Streitkräfte mit ihrer Fähigkeit, „jeden Gegner entscheidend zu schlagen, falls die Abschreckung versagt“, werden als erste Institution in diesem Kampf benannt.
- Die US-Regierung ist bereit, durch einen Präventivschlag zu verhindern, dass die Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten und ihre Freunde von einem Feind mit Massenvernichtungswaffen bedroht werden. In der *Nationalen Sicherheitsstrategie* betont die US-Regierung, dass sie nicht gewillt ist abzuwarten, bis Schurkenstaaten oder Terroristen eine akute Gefahr darstellen, sondern „vorbeugend handeln wird, selbst

wenn noch Ungewissheit bezüglich des genauen Zeitpunkts und Orts eines gegnerischen Angriffs besteht.“

- Ungeachtet zuvor eingegangener Verpflichtungen zur langfristigen Abschaffung von Kernwaffen wächst die Bereitschaft zum Einsatz atomarer Waffen in allen möglichen Ernstfällen. Die Bereitschaft zu einem überwältigenden Atomwaffeneinsatz wurde im Dezember 2002 in der „Nationalen Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen“ des Weißen Hauses erneut bekräftigt.

Der Irak lieferte den Angelpunkt für viele Debatten über die neuen Leitwerte der US-Regierung im Umgang mit globaler Unsicherheit. Das Verhalten gegenüber Nordkorea, das aus dem Atomwaffensperrvertrag ausgetreten ist, legt zwar die Vermutung nahe, dass das außenpolitische Instrumentarium der USA doch noch mehr Optionen aufweist, als es nach einigen der erwähnten Reden und Dokumente den Anschein hatte, doch wird dem Fall Irak in der ganzen Welt exemplarische Bedeutung beigemessen.

Die Vereinigten Staaten und die übrige Welt

Der neue Kurs der Vereinigten Staaten hat viele Regierungen – Verbündete wie Gegner – in Verlegenheit gebracht. Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Russland hat sich dabei am deutlichsten verändert. Russland hat die Aufkündigung des ABM-Raketenabwehrvertrags, die Verstärkung der US-Militärpräsenz in Zentralasien und eine neuerliche NATO-Erweiterung ohne viel Aufhebens akzeptiert. Es verständigte sich mit den Vereinigten Staaten auch auf eine Reduzierung der nuklearen Gefechtsköpfe zu Bedingungen, die weitgehend von US-Interessen diktiert waren. Selbst in der Frage des Irak, in der Russland früher der größte Widersacher der Vereinigten Staaten im Sicherheitsrat war, haben sich die russischen Diplomaten hinter dem Widerstand ihrer französischen Kollegen gegen den Kriegskurs versteckt.

Russland gehörte auch zu den Staaten, die eine Lockerung der Regeln für die Anwendung militärischer Gewalt guthießen. Im Oktober 2002 setzten russische Spezialkräfte ein toxisches Gas auf der Basis des Opiats Fentanyl ein, um tschetschenische Geiselnnehmer außer Gefecht zu setzen. Obwohl dieser Einsatz eines chemischen Kampfstoffs als Verstoß gegen das Chemiewaffenübereinkommen zu werten ist, gab es kaum eine Reaktion der USA oder anderer westlicher Staaten. Auch andere Regierungen sahen sich ermutigt, mit größerer Härte gegen innere Gegner vorzugehen. Ein Beispiel ist der israelisch-palästinensische Konflikt, in dem militante Palästinenser darauf mit gesteigerter Gewalt reagierten.

Die meisten Regierungen sind bemüht, mit den Vereinigten Staaten bei Anti-Terrormaßnahmen zu kooperieren. Aber sie widmen dem Kampf gegen die „neuen“ Bedrohungen mit militärischen Mitteln nicht viel an Ressourcen. Dieser Mangel an Enthusiasmus ist teilweise auf die weithin unpopuläre US-Politik zurückzuführen, teilweise aber auch darauf, dass es andere drängende Aufgaben gibt, denen Priorität eingeräumt wird. Viele Regierungen außerhalb Nordamerikas und Europas erkennen zwar auch die Gefahren der globalisierten Unsicherheit, wollen aber offenbar größere Aufmerksamkeit auf die dringlichen Probleme der Armut und der mangelnden menschlichen Entwicklung richten.

Menschliche Sicherheit

Die Schere zwischen den reichen und den armen Ländern dieser Welt wird kontinuierlich größer. Das Konzept der „Einen Welt“ ist zwar mehr Vision als Realität, wenn es um Themen wie Chancengleichheit, Gerechtigkeit und wirtschaftliche Entwicklung geht. 2002 gab es aber einige Anzeichen dafür, dass sich nicht nur die Wahrnehmung der Unsicherheit globalisiert, sondern auch die Erkenntnis, dass es notwendig ist, weltweit menschliche Entwicklung zu fördern. Hier muss allerdings noch viel geschehen. Insbesondere wird zu wenig dafür getan, Synergien auszunutzen, die sich aus der Gewährleistung physischer Sicherheit für die Menschen und einer nachhaltigen, stabilen menschlichen Entwicklung ergeben.

Menschliche Entwicklung als Thema auf globalen Konferenzen

Vor zehn Jahren unterstrichen die VN-Mitgliedstaaten beim Weltgipfel im brasilianischen Rio de Janeiro die Bedeutung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung bei gleichzeitigem Schutz der Umwelt. Mit der Verabschiedung der Agenda 21 und der Erklärung von Rio bekräftigten sie ihre Entschlossenheit, nachhaltige Entwicklung zu fördern. Trotz wiederholter Bekenntnisse waren die tatsächlichen Ergebnisse bisher allerdings weder bei der Armutsbekämpfung noch beim Umweltschutz überzeugend. Das Jahr 2002 bot den Staats- und Regierungschefs zwei weitere Gelegenheiten, gemeinsame Aktionen zu beschließen – diesmal vor dem Hintergrund der globalisierten Unsicherheit.

Der Konsens von Monterrey

Bei einem Treffen im März 2002 im mexikanischen Monterrey verständigten sich fünfzig Staats- und Regierungschefs darauf, ihre Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu erhöhen und einigen stark verschuldeten Ländern einen Schuldenerlass einzuräumen. Dieses Treffen stand unter dem Motto „Finanzierung von Entwicklung“.

Ein signifikanter Schuldenerlass und eine Erhöhung der ausländischen Hilfe sind zwar keinesfalls ausreichend für eine Anhebung des Niveaus der menschlichen Entwicklung. Dennoch sind sie unerlässlich, um beim derzeitigen Ressourcenverbrauch und der Umweltzerstörung eine Trendwende zu bewirken. Die ärmeren Länder besitzen nicht genügend Mittel, um die erforderlichen Programme zu finanzieren. Die reicheren Länder aber zeigen nicht genug Willen hierzu – trotz gegenteiliger Beteuerungen in Monterrey. Auch handelsbezogene Fragen wie die Marktöffnung der Industrieländer für Importe aus den Entwicklungsländern müssen angegangen werden, wenn Handel statt Entwicklungshilfe gefördert werden soll.

Einige größere Industrieländer lehnten es in Monterrey ab, innovative Formen globaler Finanzierung zu erörtern. In dem Dokument „Konsens von Monterrey“ werden sie nicht einmal erwähnt. Ebenfalls nicht diskutiert wurden Vorschläge, eingesparte Mittel aus den Militärhaushalten als Finanzierungsquelle für Programme zur Armutsbekämpfung und zur Entwicklung der Humanressourcen heranzuziehen. Frühere Vorschläge in dieser Richtung regten u.a. eine Besteuerung des Waffenhandels und einen an die Militärausgaben gekoppelten Entwicklungsbeitrag an. Während von den Entwicklungsländern erwartet wird, dass sie weitreichende Einschränkungen ihres wirtschaftlichen Entscheidungsspielraums durch strikte Auflagen seitens der internationalen Finanzinstitutionen akzeptieren, sind die Industrieländer nicht einmal bereit, über neue Finanzierungsinstrumente zu sprechen, wenn sie diese nicht vollständig unter ihrer Kontrolle haben.

Nachhaltige Entwicklung beim Gipfel in Johannesburg

Der Johannesburger Gipfel verfolgte in erster Linie das Ziel, die Aufmerksamkeit der Welt auf die großen Aufgaben einer nachhaltigen Entwicklung zu lenken. Dabei geht es darum, in einer Welt mit steigender Bevölkerungszahl das Ziel einer besseren Lebensqualität für alle Menschen mit der Bewahrung der natürlichen Ressourcen zu verbinden. Die Teilnehmer des Gipfels verabschiedeten Zeitpläne für Aktionen in einigen prioritären Bereichen – wie z.B. Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und sauberes Trinkwasser. Doch trotz intensiver Lobbyarbeit seitens der Nichtregierungsorganisationen und des guten Willens vieler Regierungen erwies es sich als schwierig, über bloße Lippenbekenntnisse hinauszukommen. Die Staats- und Regierungschefs der Welt betonten zwar einer nach dem anderen, dass Unterentwicklung eine Gefahr für Umwelt, Sicherheit und Stabilität überall auf der Welt bedeutet, doch die Liste der tatsächlich erteilten verbindlichen Zusagen nimmt sich demgegenüber sehr ernüchternd aus.

Regierungsführung und Veränderung

Bei der Fragestellung, wie die menschliche Entwicklung verbessert und effektiver mit menschlicher Sicherheit verknüpft werden kann, wäre es kurzsichtig, den Blick allzu erwartungsvoll auf Konferenzen wie Monterrey

oder Johannesburg zu richten. Solche Weltkonferenzen sind wichtig für glaubwürdige, verbindliche Zusagen der Regierungen. Doch selbst wenn beträchtlich mehr Geld für die Entwicklungsfinanzierung bereitgestellt würde und die Regierungen sich auf eine mutigere Politik für eine nachhaltige Entwicklung verständigen würden, wäre dies bei weitem nicht ausreichend. In Ländern mit endemischer Armut und einem niedrigen Niveau menschlicher Entwicklung sind strukturelle Veränderungen erforderlich. So muss sich z.B. bei der Rechenschaftspflicht der Regierungen gegenüber ihren Bürgern einiges ändern. Auch der Sicherheitssektor darf bei den Verbesserungen in der Regierungsführung nicht ausgeklammert bleiben. Es gab 2002 einige – wenn auch schwache – Anzeichen dafür, dass auf nationaler und regionaler Ebene Schritte in Richtung einer besseren Regierungsführung unternommen werden.

Die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD)

Ein Beispiel für eine Reaktion auf die Notwendigkeit von Veränderungen und Reformen war die NEPAD-Initiative afrikanischer Staats- und Regierungschefs. Die NEPAD-Gründungsurkunde besagt: „Diese *Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung* ist eine Selbstverpflichtung afrikanischer Regierungschefs, die sich auf eine gemeinsame Vision und die feste, von allen geteilte Überzeugung gründet, dass es ihre vordringliche Pflicht ist, die Armut grundlegend zu beseitigen. Das Programm ist in der Entschlossenheit der Afrikaner verankert, sich selbst und den Kontinent aus der Misere der Unterentwicklung und Ausgrenzung in einer zunehmend globalisierten Welt herauszuführen.“ Zur Förderung der Entwicklung in Afrika plädiert die NEPAD-Initiative auch für Partnerschaften mit der privaten Wirtschaft. Als konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Regierungsführung in den afrikanischen Staaten wurde ein Überwachungsmechanismus für das Regierungsverhalten vorgeschlagen. So sollen Regierungen sich gegenseitig (*peer review*) bewerten. Wenn die NEPAD-Vorschläge umgesetzt werden, könnte dies eine bessere Regierungsführung und damit einen Wendepunkt in der afrikanischen Entwicklung einleiten.

Forschungsergebnisse des BICC

Die Arbeit des BICC ist der Untersuchung und Förderung von Konversion in einem weit gefassten Sinne gewidmet. Bedeutende Ereignisse, Themen und neue Erkenntnisse werden im *Update des Conversion Survey 2003* zusammenfassend dargestellt und analysiert. Hier folgt ein kurzer Überblick über die wichtigsten Ergebnisse in den Forschungsfeldern des BICC in den Jahren 2001/2002:

- **Die weltweiten Militärausgaben** haben 2001 870 Milliarden US-Dollar erreicht (Preise von 2002). Dies bedeutet, dass die Militärausgaben weltweit gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent gestiegen sind. Damit liegen sie immer noch weitaus niedriger als bei Ende des Kalten Krieges aber der Trend deutet auf weitere Steigerungen. Die Militärausgaben des Jahres 2002 waren stark beeinflusst von den Auswirkungen der Terroranschläge am 11. September 2001. Die Vereinigten Staaten haben ihren Anteil an den weltweiten Militärausgaben auf fast 40 Prozent erhöht. Ihre Verteidigungsausgaben wuchsen 2002 um fast 13 Prozent. Russland und China gaben ebenfalls mehr Geld für ihre Streitkräfte aus. In Europa war das Bild uneinheitlich – Großbritannien und Frankreich kündigten eine Steigerung ihres Verteidigungshaushalts an, Deutschland behielt das vorherige Ausgabenniveau bei. Viele andere Länder sind dem von den USA angeführten Trend zur Erhöhung der Militärausgaben nicht gefolgt, in erster Linie aufgrund von Haushaltsengpässen.
- 2001 waren weltweit etwa 7,7 Millionen Menschen in der **Rüstungsproduktion** beschäftigt. Gegenüber 2000 ging die Zahl um 2,5 Prozent zurück, hauptsächlich aufgrund von Reduzierungen in China, das nach wie vor weltweit die höchste Zahl von Beschäftigten in der Rüstungsindustrie hat. Doch die Beschäftigung im chinesischen Rüstungssektor ist tendenziell rückläufig, zum Teil, weil durch Konversion alternative Arbeitsplätze entstehen, und zum Teil, weil die Bereitschaft zunimmt, unrentable Betriebe zu schließen. Wahrscheinlich werden die Vereinigten Staaten bald nicht nur die produktivste Rüstungsindustrie der Welt haben, sondern auch die mit der höchsten Zahl an Beschäftigten. Die Rüstungshochtechnologie

konzentriert sich in erster Linie auf die Vereinigten Staaten. 2001 hatten 42 der führenden hundert Rüstungsunternehmen ihren Sitz in den USA; ihr kumulierter Gesamtumsatz belief sich auf etwa 58 Prozent des Umsatzes der hundert führenden Unternehmen, für die ausreichend Daten verfügbar waren. Seit Beginn der Bush-Präsidentschaft haben sich Auftragslage und Geschäftsaussichten der US-amerikanischen Rüstungsunternehmen deutlich verbessert. In Europa dagegen ist die Rüstungsproduktion, bei der die drei großen Unternehmen BAe Systems, EADS und Thales dominierend sind, nach wie vor durch nationale Beschaffung zersplittert. Der lang erwartete politische Impuls in Richtung einer weitergehenden Integration steht immer noch aus.

- Die **Reform des Sicherheitssektors**, sowohl in Ländern, die sich im Übergang befinden, als auch in Ländern, die soeben einen Konflikt überwunden haben (z.B. die Konfliktgebiete Westafrikas, die zentralafrikanische Region der Großen Seen und das ehemalige Jugoslawien), ist in letzter Zeit zu einem wichtigen politischen Thema geworden. Eine konsequente Analyse der Unzulänglichkeiten bei der Gewährleistung von Sicherheit macht allerdings deutlich, dass es in vielen Gesellschaften erforderlich ist, den rechtlichen Rahmen, die demokratische Kontrolle und die tatsächliche Leistung der Sicherheitskräfte wie z.B. Militär, Polizei und paramilitärische Kräfte zu verbessern. In jüngster Zeit haben Geberorganisationen in zunehmendem Maße Interesse für die Reform des Sicherheitssektors gezeigt, die als ein Faktor betrachtet wird, der die Leistungsfähigkeit, Legitimität und Verantwortlichkeit von Regierungen verbessern kann. Die Aktivitäten der Geber konzentrieren sich auf die Polizeiausbildung, Rechtsreformen und die Verbesserung der zivilen Kontrolle. Mit Ausnahme des britischen Ministeriums für internationale Entwicklung zögerten die Geber, sich auf ein umfassendes Reformkonzept für den Sicherheitssektor einzulassen. Die Reform des Sicherheitssektors ist mit vielen Risiken behaftet, deren größtes darin besteht, kein angemessenes Gleichgewicht zwischen den verbesserten Fähigkeiten der Sicherheitskräfte und ihrer demokratischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht zu schaffen.
- **Demobilisierung und Wiedereingliederung** ehemaliger Kämpfer bleiben in weiten Teilen der Welt ein wichtiges Thema. Mit Ausnahme Afrikas ist die Zahl der Soldaten in allen wichtigen Weltregionen seit 1988 kontinuierlich zurückgegangen. Die Personalstärke der Streitkräfte weltweit wurde für 2001 auf insgesamt 20,8 Millionen geschätzt. In Afrika, wo genaue Zahlen nur schwer feststellbar sind und wo eine Vielzahl irregulärer Truppen existieren, kam es Ende der 90er Jahre aufgrund der Konflikte in der Region der Großen Seen sowie zwischen Äthiopien und Eritrea zu einem Anstieg der Personalstärken bei den regulären Streitkräften. Mit dem Ende der offenen Kriegshandlungen in Angola und einem vielversprechenden Verhandlungsprozess in der Demokratischen Republik Kongo haben sich die Aussichten auf eine Demobilisierung größeren Ausmaßes in Afrika 2002 verbessert.
- Streitkräfteabbau und -umstrukturierung haben in den vergangenen Jahren vielfach zur **Schließung von Standorten** geführt. Dieser Trend hält insbesondere in den Ländern an, die die Wehrpflicht abgeschafft und statt dessen Berufsstreitkräfte eingeführt haben oder deren Aufgabenschwerpunkt sich von der Verteidigung ihres Hoheitsgebiets hin zu Einsätzen an fernen Orten verlagert hat. Gleichzeitig benötigen diese neuen, eher nach außen orientierten Streitkräfte Stützpunkte nahe oder in den Einsatzgebieten. Diese sind derzeit größtenteils provisorischer Art oder nur für eine befristete Nutzung vorgesehen. Der Prozess der Umorientierung und der Neuerrichtung von Standorten ist in vielen Teilen der Welt noch nicht abgeschlossen. Die Vereinigten Staaten, die die Zahl ihrer Standorte im In- und Ausland schon zwischen 1990 und 2000 drastisch reduziert haben, planen für 2005 eine weitere Runde von Standortschließungen. Gleichzeitig arbeiten die Vereinigten Staaten daran, ein globales Netz dauerhafter strategischer Schlüsseleinrichtungen anzulegen, um damit eine globale Machtprojektion zu ermöglichen und ein „Rückgrat“ aufzubauen, das die eher temporären Stützpunkte in Konfliktregionen unterstützt.
- Trotz steigender Militärausgaben werden mehr **überschüssige Waffen** ausrangiert als neue produziert. Die Gesamtzahl schwerer konventioneller Waffen geht weltweit weiter zurück, 2002 belief sie sich Schätzungen zufolge auf insgesamt etwa 408.000. Die Streitkräfte ersetzen ältere Waffen durch eine

geringere Zahl von neuen, technologisch fortgeschritteneren Waffen. Kleinwaffen stellen trotz vielfältiger Bemühungen auf politischer wie auf praktischer Ebene um bessere Kontrollen und eine zahlenmäßige Reduzierung auch weiterhin in vielen Teilen der Welt ein Problem dar. Das wieder lebhafter gewordene Interesse an Massenvernichtungswaffen bewirkte nur unzureichende zusätzliche Anstrengungen, nicht mehr benötigtes atomares Material oder der Bestände an Chemiewaffen beschleunigt zu beseitigen. Mangelhaft gesicherte Lager sind weiterhin die gefährlichste Quelle von Massenvernichtungswaffen für Terroristen.

Schlussbemerkungen

Die Terroranschläge von 2001 und 2002 haben die Ausbreitung der Unsicherheit im Zeitalter der Globalisierung demonstriert. Die Reaktion auf diese Anschläge erfordert ernsthaftes Nachdenken und konzertiertes Handeln, was Politikern und Gesellschaften weltweit zusätzliche Anstrengungen abverlangt.

Bedauerlicherweise haben einige Regierungen, insbesondere die der Vereinigten Staaten, einen gefährlichen Kurs eingeschlagen, der nicht nur bestimmte Bedrohungen der Sicherheit selektiert, sondern sich unklugerweise auch auf unzureichende, militärische Instrumente konzentriert. In dem Versuch, der eigenen Bevölkerung Sicherheit zu bieten, hat die US-Regierung Entscheidungen getroffen, die in eine Zukunft mit mehr Kriegen und höheren Militärausgaben auch in anderen Staaten, kurz, zu einer neuen Spirale von Militarisierung und Gewalt führen könnte. Hinzu kommt, dass eine zu hohe Gewichtung des Militärs wahrscheinlich die Anstrengungen zur Reduzierung der Armut und der Umweltzerstörung beeinträchtigen wird, und zwar sowohl durch eine erhöhte Mittelzuweisung an das Militär als auch durch das Beispiel, das die US-Regierung anderen Staaten und Gruppierungen setzt.

Es besteht die Gefahr, dass die Konzentration auf militärische Antworten bei der Bekämpfung der Unsicherheit zu einem Fehlschlag mit unabsehbaren Folgen führt. Staaten, die auf eine subjektiv wahrgenommene innere oder äußere Bedrohung mit Gewalt reagieren, fördern damit die Eskalation des Konflikts. Kriege wie der in Afghanistan und im Irak können zwar möglicherweise gewonnen werden. Aber der größere „Krieg“ gegen Armut und menschliche Unsicherheit wird darüber wahrscheinlich verloren. Somit könnten sich die Siege - selbst für die Gewinner- langfristig als wertlos erweisen.

Mit der Förderung der menschlichen Sicherheit zur Reduzierung der globalisierten Unsicherheit entstehen auch neue Aufgaben auf den Gebieten Abrüstung und Konversion, den zentralen Arbeitsbereichen des BICC. Abrüstung und Konversion sind keineswegs überholt, im Gegenteil, sie müssen wieder verstärkt werden, damit sie die menschliche Entwicklung und Sicherheit unterstützen können.

Abrüstung und Konversion werden von denjenigen, die eine überwiegend militärische Vorgehensweise gegen die globalisierte Unsicherheit befürworten, oft als überholt angesehen. Dennoch waren und sind Abrüstung und proaktive Konversion wichtige Bindeglieder zwischen der Gewährleistung von Sicherheit und der Förderung menschlicher Entwicklung. Konversion im weiteren Sinne kann damit einen durchaus bedeutsamen Beitrag zum gleichzeitigen Abbau von Unsicherheit und Armut weltweit leisten.